

Zeitschrift: Archiv für schweizerische Geschichte
Band: 12 (1858)

Artikel: Über die politischen Verhältnisse zur Zeit der Sempacherschlacht :
namentlich über die Beziehungen zwischen der Eidgenossenschaft und
dem deutschen grossen Städtebunde
Autor: Hagen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-13214>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

I.

Ueber die politischen Verhältnisse zur Zeit der Sempacherschlacht, namentlich über die Beziehungen zwischen der Eidgenossenschaft und dem deutschen grossen Städtebunde.

Von

Professor HAGEN in Bern.

(Vortrag in der allgemeinen geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz
am 20. August 1856)

I.

Ich glaube vor Allem, Sie, verehrte Anwesende, um Entschuldigung bitten zu müssen, dass ich, zum ersten Male in Ihrer Versammlung, mit einem Vortrage vor Sie trete. Denn obschon die Geschichte mein Fach ist, so weiss ich doch nur zu gut, dass ich in Bezug auf die Specialgeschichte dieses Landes den Mitgliedern dieser Versammlung mich nicht gleichstellen darf. Auch würde ich von selbst nicht darauf gekommen sein, Ihre mir so werthe Bekanntschaft sofort mit einer Rede zu eröffnen, hätte mich nicht unser verehrter Präsident dazu aufgefordert, und in so freundlicher Weise, dass ich nicht umhin konnte, seinen Wunsch zu erfüllen. Indessen glaubte ich einen Gegenstand wählen zu müssen, in dem ich schon mehr zu Hause bin, der nicht blos speciell-schweizerische, sondern auch allgemeine, insbesondere deutsche Beziehungen hat. Die Wichtigkeit dieser Beziehungen brauche ich Ihnen

nicht weiter auseinanderzusetzen. War doch die Schweiz lange hinfort ein Glied des deutschen Reiches. Aeusserte sie doch seit der Entstehung der Eidgenossenschaft den mächtigsten Einfluss auf die benachbarten Reichsgebiete, erregte sie doch in Deutschland während der wichtigsten Perioden seiner Geschichte die lebhaftesten Sympathien — Sympathien, die auch heute nicht erloschen sind. Denn noch werden dort die Entwicklungen der Schweiz mit dem grössten Interesse verfolgt: Viele sehen hier den geheimsten Wunsch ihres Herzens verwirklicht. Auch ich rechne mich zu denen, die von jeher die wärmsten Gefühle für dieses Land, seine Institutionen, sein politisches Gemeinwesen hegten. Und ich freue mich, hinzusetzen zu können, dass, seitdem ich mich im Lande selbst befinde, dieses Gefühl nicht nur keinen Abbruch erlitten hat, sondern gesteigert worden ist.

Der Gegenstand, über den ich heute zu Ihnen sprechen will, sind die politischen Verhältnisse zur Zeit der Sempacherschlacht, insbesondere die Beziehungen der Schweiz zu dem grossen deutschen Städtebunde. Um dieselben in dem rechten Lichte erscheinen zu lassen, gestatten Sie mir wohl, dass ich etwas weiter aushole.

Als mit dem Untergange der Hohenstaufen die edleren Seiten aus den mittelalterlichen Staats- und Kirchenzuständen verschwunden waren, begann sich fast überall in Europa eine neue Ordnung der Dinge zu entwickeln. Neben dem Adel und der Geistlichkeit, welche bisher die bevorrechteten politischen Körper waren, that sich ein dritter Stand, das Bürgerthum, hervor. Theils durch eigene Kraft, theils unterstützt durch die Könige, welche dieses neue Element in ihrem Kampfe gegen die Aristokratie benutzen wollten, errang es in Kurzem eine so grosse Bedeutung, dass man es den beiden andern Ständen gleichstellen durfte. Und nicht lange dauerte es, so regte sich in noch tieferen Schichten der Gesellschaft ein ähnliches Streben. Auch die Bauern erlangen zunächst das Bewusstsein des Druckes, unter dem sie schmachten, dann entsteht in ihnen das Bedürfniss, diesen Zustand zu verbessern, was früher oder spä-

ter zu dem Streben nach gänzlicher Freiheit, nach Gleichstellung mit den 3 andern Ständen führen musste.

Das 14. Jahrhundert ist dasjenige, in welchem dieser demokratische Geist zum Durchbruch kommt, und ungemeine Erfolge erringt. Er dringt in alle Sphären des Lebens, in alle Kreise der Bildung ein. Wir sehen ihn ebenso thätig in der Poesie, wie in der Kirche, im geselligen Verkehr, wie in der Wissenschaft. Von den Höfen verschwinden die ritterlichen Sängere, und Hofnarren, eben die Repräsentanten der niedern Stände, nehmen ihre Stellen ein. Die Städte geben in der Mode, in der Kleidertracht, in Vergnügungen, Festlichkeiten u. s. w. den Ton an. Das Monopol der Historiographie wird allmählig der Geistlichkeit entzogen und nunmehr von bürgerlichen Federn gehandhabt. Selbst die theologische Wissenschaft tritt jetzt in der Volkssprache auf, und gerade die einflussreichsten, bedeutendsten Männer, die Mystiker, schreiben nicht nur in der Volkssprache, sondern dergestalt, dass es auf das Volk wirken soll. In der Kirche selbst aber erhebt sich ein demokratischer Geist, ein Geist des Widerspruchs, der radikalen Reform.

Bei solchen Erfolgen war es natürlich, dass die Demokratie auf den Gedanken kam, die politischen Zustände in ihrem Sinne und zu ihren Gunsten vollkommen umzugestalten d. h. Staatsordnungen einzuführen, in welchen die niedern Stände nicht nur den andern gleichberechtigt wären, sondern wo sie sogar einen überwiegenden Einfluss auf das ganze Staatswesen äussern könnten, und wo die andern Stände als solche mehr oder minder verschwunden wären.

Solche revolutionäre Gedanken kommen nicht auf, wenn man sich im Ganzen wohl fühlt, wenn man sich in dem Besitze des Errungenen sicher weiss, wohl aber, wenn man die Besorgniss hegt, dass man doch über kurz oder lang aus der eingenommenen Stellung herausgeworfen werden kann, so dass man fast in beständiger Ungewissheit schwebt. Das Bürgerthum sowohl aber, wie noch viel mehr der Bauernstand war in dieser Lage. Trotz des geistigen Uebergewichts fand sich das Bürgerthum in immerwährendem Zwist mit dem Adel, mit der

Geistlichkeit, ja selbst mit dem Königthum. Denn wenn die Könige mit Hülfe der Städte eine gewisse Bedeutung, eine Ueberlegenheit über die Aristokratie erlangt hatten, so benützten sie in der Regel diese ihre vortheilhafte Stellung zur Ausbeutung des Bürgerthums, und es stellte sich in den meisten Fällen heraus, dass sie an eine grundsätzliche Begünstigung desselben nicht gedacht, dass sie es nur als Mittel zum Zwecke benutzt hatten. Der Bauernstand aber wurde gerade im 14. Jahrhundert, im Widerspruche mit seinen Ansprüchen, mehr und mehr gedrückt. Unter solchen Umständen begreifen sich jene revolutionären Gedanken: auf der einen Seite Selbstgefühl, vollkommenes Bewusstsein über die Stellung, die man einnehmen sollte, auf der andern Seite Besorgniss, Alles zu verlieren den bevorrechteten Ständen gegenüber, daher Hass gegen diese, und Gefühl der Nothwendigkeit, diese auf Tod und Leben zu bekämpfen.

Freilich war dieses letztere Gefühl nicht durchgängig. Es war im Grunde nur eine Partei, aber doch eine mächtige und thatkräftige Partei, welche es hegte. Weiss sie sich der Massen zu bemächtigen, so fasst sie die kühnsten und weitgehendsten Entwürfe. Aber nicht immer gelingt ihr diess. Denn der grössere Theil der Menschen ist zu allen Zeiten nicht eigentlich für Bewegungszustände, aus denen erst das zu erstrebende Neue hervortreten soll, sondern er begnügt sich mit der unmittelbaren Gegenwart, wenn sie nur halbwegs leidlich ist: und ist ja, um das eigene Interesse zu wahren, einige Anstrengung erforderlich, so geht sie nicht weiter, als der unmittelbare Bedarf erheischt. Dieser Umstand aber, dass nicht die ganze Masse der niedern Stände an den Oppositionskämpfen Antheil nahm, oder doch wenigstens nicht lange genug aushielt, ist wohl die vorzüglichste Ursache von dem Misslingen der meisten dieser Bestrebungen. Aber noch auf einen andern Punkt ist hinzuweisen. Zwischen dem Bürger- und Bauernstande fand kein rechtes Einvernehmen statt: selten, dass sie mit einander gingen: in der Regel waren sie einander gleichgültig, oder entfremdet, nicht selten sogar feindselig. Das verdarb viel.

Kehren wir zurück. Seit der Mitte des 14. Jahrhunderts sehen wir nun diese revolutionären Bestrebungen der Demokratie mit ungemeiner Energie in einem Lande Europa's nach dem andern hervortreten. Den Anfang machten die Italiener zu den Zeiten Cola Rienzi's. Dann kamen die Flandrer unter den Arteveldts, die Franzosen unter Stephan Marcel, die Engländer unter Wat Tyler. Der durchgreifende Gedanke all' dieser Bewegungen war, eine vollkommen neue Staatsordnung einzuführen mit demokratischen Grundlagen, mit Niederwerfung oder wenigstens bedeutender Schmälerung der Aristokratie, mit Beschränkung des Königthums oder auch Beseitigung desselben. Diese Bewegung ging in der Regel von dem Bürgerthum aus: aber schon in Frankreich hatte sich ihr ein Bauernaufstand, die Jacquerie, angeschlossen: in England war sogar der Mittelpunkt der Bewegung die Landbevölkerung selbst. Fast überall war sie auch gegen die Kirche gerichtet: am energischsten in England, wo sie mit den Lehren Wiklefs zusammenhing.

Das deutsche Reich blieb hinter diesen Ländern nicht zurück. Auch hier waren es die Städte, welche ähnliche Tendenzen verfolgten, wie die Italiener, die Franzosen, die Engländer. Und auch hier nahm die Landbevölkerung an der Bewegung einen sehr lebhaften Antheil.

II.

Die Absicht, die Taktik, die ganze Handlungsweise der Städte hängt auf das Engste mit der jeweiligen Politik der deutschen Kaiser zusammen. Diese müssen wir daher zum bessern Verständniss zunächst ins Auge fassen.

Theoretisch war die Befugniss der deutschen Kaiser nicht geringer, wie die der Könige des westlichen Europa: ja sie konnten sogar als die Nachfolger der römischen Imperatoren noch eine grössere Machtfülle in Anspruch nehmen, wie diese. Aber thatsächlich verhielt es sich ganz anders. Vor Allem: die deutschen Kaiser waren Wahlfürsten, während die Könige von Frankreich, England, Castilien, Aragonien erbliche Fürsten waren. Die deutschen Kaiser wurden ferner von einer Anzahl

Fürsten gewählt, denen von vornherein für ihre Stimme eine Menge von Vergünstigungen zugestanden werden mussten. Diese Vergünstigungen hoben nicht nur das Fürstenthum, sondern schmälerten zugleich die kaiserliche Macht und die Volksfreiheit. Sodann: die Fürsten wählten gewöhnlich Grosse von geringer Hausmacht zu Oberhäuptern des Reichs, weil diese ihnen minder gefährlich zu sein schienen, vielmehr von ihnen abhängig waren, und um sich die Treue der Fürsten zu erhalten, zu noch mehr Entäusserungen der königlichen Gerechtsame gezwungen wurden. So ging im Laufe des 14. Jahrhunderts ein kaiserliches Vorrecht nach dem andern an die Fürsten verloren, und diese, vorher schon erblich, waren nahe daran, die volle Landeshoheit zu erlangen.

Standen nun den Kaisern keine Mittel zu Gebote, um diese Entwicklung zu hemmen, die kaiserliche Gewalt zu erhalten oder wieder herzustellen und in eine ähnliche Stellung zu kommen, wie die Könige von Frankreich oder England?

Genau genommen gab es nur ein Mittel, welches sicher zum Ziele zu führen schien. Die Kaiser mussten sich mit den Elementen verbinden, welche an und für sich schon den Fürsten feindlich gesinnt, welche daher die natürlichen Bundesgenossen der Kaiser waren. Sie mussten gehoben, gefördert, unterstützt werden, grundsätzlich, folgerichtig, unausgesetzt, bis sie so viel Stärke gewonnen hatten, dass sie das Fürstenthum überwältigen, aufrollen konnten.

Diese Elemente waren: 1) die Städte; 2) die freien Landschaften d. h. solche die unmittelbar zum Reiche gehörten, und noch keinem Fürsten unterthan waren.

Die Befolgung einer solchen Politik setzte freilich einen weiten Blick voraus, erforderte Kühnheit, Thatkraft, Folgerichtigkeit und vor Allem uneigennütziges Hingabe der Kaiser an das Reich. Denn diese Politik trug nur langsame Früchte: derjenige, welcher ausgesät, erntete nicht sogleich: erst wenn mehrere Kaiser hinter einander gleichmässig dieselbe Politik befolgten, war ein Ergebniss zu erzielen.

Denn die Städte — um mit diesen zu beginnen — waren

zwar kräftig, voll Lebensfülle, voll Zukunft, aber noch in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts waren ihre Territorien doch sehr gering, mit denen der Fürsten kaum einigermassen zu vergleichen: in der Regel erstreckte sich ihre Macht nicht über ihre Mauern oder über die Bannmeile hinaus. Derjenige, welcher nicht weiter sah, als auf die unmittelbare Gegenwart, musste daher vor dem Gedanken zurückbeben, sich auf sie zu stützen, sie als Gegengewicht gegen das mächtige Fürstenthum zu gebrauchen. Umgekehrt war es ein Beweis keiner geringen politischen Einsicht, offen und entschieden ihre Partei zu nehmen, sie folgerichtig gegen Adel und Fürstenthum zu unterstützen.

Wenn man aber diess wollte, so war offenbar eines der ersten Erfordernisse — die Erweiterung der städtischen Territorien, die Ausdehnung des städtischen Elements über die Mauern und über die Bannmeile.

Die Städte hatten schon längst diese Nothwendigkeit gefühlt, und arbeiteten beständig in diesem Sinne. Auf dreierlei Weise konnte sich das Gebiet, die Herrschaft der Städte vermehren: 1) durch Ankauf neuer Gebietsheile; 2) dadurch, dass der benachbarte Adel das Bürgerrecht in den Städten nahm; 3) endlich dadurch, dass auch solche Leute, welche in irgend einer Art von Unterthanenverhältniss zu benachbarten Fürsten oder Grossen standen, Städtebürger wurden, ohne jedoch ihren bisherigen Aufenthalt zu verlassen: mit Einem Worte, dass sie ihr bisheriges Unterthanenverhältniss mit dem städtischen vertauschten. Diess Verhältniss ist bekannt unter dem Namen des Pfahlbürgerthums. Es ist diess von der grössten Wichtigkeit. Denn wenn sich das Pfahlbürgerthum konsequent entwickelt, und ohne Hemmnisse weiter verbreitet hätte, so wären vermöge desselben alle fürstlichen Gebiete durchbrochen worden: manche fürstliche Gebiete hätten sich gar nicht bilden können: städtische wären an ihre Stelle getreten.

Und zu demselben Ergebnisse hätte die Beschützung und Pflege der freien Landgemeinden geführt, die im 14. Jahrhundert noch überall im deutschen Reiche bestanden, am Rhein, in Sachsen, Schwaben, Franken und Baiern: die bekanntesten

sind die Bauernrepubliken der Friesen und der Dithmarsen im Norden, die der schweizerischen Waldstätte im Süden, des deutschen Reiches.

Es war dann ferner nöthig, dass diese fürstenfeindlichen Elemente in Einigungen zusammentraten, sich gegenseitig unterstützten, nach gemeinsamen Plane handelten, und dass sich der Kaiser an die Spitze derselben stellte.

Nun hat es allerdings nicht an Kaisern gefehlt, welche diese Gedanken hegten. Schon Adolf von Nassau handelte in diesem Sinne. Noch principieller und konsequenter unterstützte Albrecht das Bürgerthum. Er hat die Bünde der Städte neuerdings ins Leben gerufen, und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, sie dem Fürstenthum entgegenzustellen. Ebenso war Ludwig der Baier ein entschiedener Begünstiger des Bürgerthums, theilweise auch der freien Landgemeinden, gegen Aristokratie und Fürstenthum. Allerdings war er nichts weniger, als konsequent. Während er z. B. die Eidgenossenschaft der schweizerischen Landgemeinden begünstigte, handelte er feindselig gegen die Friesen. Und die Städte opferte er nicht selten den Fürsten auf. Aber in der letzten Zeit seiner Regierung ist er folgerichtiger. Die Opposition der Fürsten gegen ihn wurde stärker, gefährlicher durch Verbindung mit dem Papste. Ludwig stützte sich dagegen fast nur auf die Städte. Er beförderte ihre Einigungen, veranlasste sie wohl selbst, weckte in ihnen grössere politische Entwürfe, und offenbar verdankte er es den Städten und ihren Bündnissen, dass er vor der Fürstenopposition nicht erlag.

Das Bürgerthum hatte beim Tode Ludwigs schon eine hohe politische Bedeutung gewonnen: inzwischen waren mannigfache Erweiterungen der städtischen Territorien eingetreten: auch das Pfahlbürgerthum hatte angefangen sich mächtig zu entwickeln. Ein Kaiser, der die Politik Ludwigs weiter verfolgte, nur noch mit mehr Konsequenz und Energie, hätte in Kurzem den Städten eine dauernde überwiegende Stellung verschaffen können.

Aber der Nachfolger Ludwigs, Karl IV, befolgte eine ganz andere Politik. Er war in den letzten Jahren der Gegenkönig

Ludwigs gewesen, der Schützling des Papstes, der Fürsten und der Aristokratie. Versteht sich, dass er sich von vornherein nicht als eifriger Freund der Städte zeigte, welche ja die entschiedensten Anhänger Ludwigs gewesen und auch nach dessen Tode den neuen Kaiser mit dem äussersten Misstrauen betrachteten. Es war vielmehr natürlich, dass er sich zunächst als Freund derjenigen Stände zeigte, die ihn erhoben hatten. Und diese Stellung behielt er im Ganzen auch später bei: er blieb ein Begünstiger des Fürstenthums, der Aristokratie, der Geistlichkeit.

Nicht, als ob Karl IV. nicht ebenfalls grössere weitergehende Absichten mit dem Kaiserthum gehabt hätte. Er wollte im Grund dasselbe, wie seine Vorgänger. Er wollte das Kaiserthum erhöhen, befestigen, es in seiner Familie erblich machen und zuletzt nichts Anderes daraus gestalten, als was inzwischen das französische Königthum geworden. Aber er schlug einen ganz besonderen Weg dazu ein. Nicht durch Gewalt, nicht auf revolutionärem Wege, nicht durch schroffe Opposition gegen das Fürstenthum wollte er diesen Zweck erreichen, sondern auf dem Wege der Diplomatie, der Unterhandlungen, des stillen geräuschlosen Wirkens. Er wollte zunächst sich eine so grosse Hausmacht verschaffen, dass kein anderes Fürstenhaus sich damit messen konnte. In der That erwarb er zu dem Königreiche Böhmen, welches er bereits besass, noch Brandenburg. Aber er kaufte sich zugleich in allen Provinzen des deutschen Reiches an oder bewog die Grossen, Vasallen der Krone Böhmen zu werden. Ein Gebiet nach dem andern sollte dergestalt an das Haus Luxemburg kommen, bis zuletzt ganz Deutschland in dem Hause Luxemburg, resp. in der Krone Böhmen aufginge — ein Weg, den die französischen Könige einschlugen und von dem entschiedensten Erfolge gekrönt sahen. Allein Karl IV. glaubte diese Erweiterung seiner Hausmacht nur durchzuführen zu können, wenn die Fürsten sich willfährig erzeigten. Er musste sie also bei guter Laune erhalten, und diess erreichte er nur durch Vergünstigungen, durch Zugeständnisse. Er bestätigte ihnen also ihre bisherigen Rechte, gab ihnen neue

dazu und trat namentlich gegen diejenigen Elemente, die unter seinem Vorgänger den Fürsten besonders gefährlich erschienen waren, feindlicher auf, nämlich gegen die Städte, gegen die Landgemeinden, überhaupt gegen die demokratischen Grundstoffe. Er verbot alle Einigungen, also die Städtebündnisse, die Bündnisse der Landgemeinden, namentlich auch die schweizerische Eidgenossenschaft.

Was die letztere anbetrifft, so hatte er hiebei noch einen besonderen Grund. Er wünschte dem Herzog Albrecht von Oesterreich zu Willen zu sein, mit dem er eine Erbeinigung zu schliessen trachtete, zufolge dessen das überlebende Haus dem andern in allen seinen Besitzungen folgen sollte. Für den Fall, dass das Haus Habsburg ausstürbe, was damals nicht so unmöglich schien, wäre das Haus Luxemburg auch in den Besitz der österreichischen Landschaften in der Schweiz und in seine Ansprüche eingetreten. Karl IV. erhob zu diesem Ende auch den Reichskrieg gegen Zürich (1354), welches eben dem Bunde der Waldstätte sich angeschlossen hatte. Und nach Albrechts Tode ertheilte er dessen Sohne Rudolf grosse Vergünstigungen, ernannte ihn zum Landvogt in Solothurn, Bern, Zürich, und erlaubte ihm, alle dortigen Reichspfandschaften einzulösen. Diesem Rudolf gab er auch eine Tochter zur Frau.

Diess war also die Politik Karls IV. Dabei wollen wir aber nicht läugnen, dass er trotz der im Allgemeinen feindseligen Haltung gegen die Städte gleichwohl, wie seine Vorgänger, die Freiheiten einzelner bestätigte und vermehrte. Das war eine Einnahmequelle für seine Kanzlei. Auch kümmerte sich Karl im Ganzen sehr wenig um seine Versprechungen. Fast in demselben Athemzuge opferte er eine eben begünstigte Stadt wieder einem Fürsten auf. Sodann wurde Karl durch die Ereignisse mehrmals gezwungen, seine gewöhnliche Staatskunst zu verlassen und einen anderen Weg einzuschlagen. Jener Rudolf von Oesterreich, den er so sehr begünstigte, sein eigener Schwiegersohn machte gegen ihn Opposition, verband sich mit dem Grafen Eberhard dem Greiner von Württemberg und wollte auf Kosten des Kaisers seine Hausmacht und seinen politischen Einfluss

vermehrten. Diess war 1360, und der Hauptschauplatz seiner Entwürfe war Schwaben und die Schweiz. Jetzt freilich suchte Karl die Freundschaft der Städte und anderer fürstenfeindlicher Elemente. Jetzt wurde dem Herzog Rudolf die Landvogtei über die drei schweizerischen Reichsstädte wieder abgenommen: jetzt schloss der Kaiser sogar ein Bündniss mit Zürich, jetzt bestätigte er ihr Bündniss mit den Eidgenossen und die Eidgenossenschaft selbst¹⁾, jetzt vermochte er Zürich, mit anderen schwäbischen Städten ein Bündniss einzugehen, jetzt überschüttete er Bern und Solothurn mit Gunstbezeugungen.

Aber diess war nur eine vorübergehende Politik. Bald söhnte er sich mit Oesterreich wie mit Würtemberg aus und nahm dann wieder ihre Partei gegen Städte und sonstige Einrichtungen. Im Jahre 1370 forderte er²⁾ die Städte Bern, Zürich, Solothurn auf, die Eidgenossen von Schwyz ernstlich anzuhalten, seinen Söhnen, den Herzogen Albrecht und Leopold von Oesterreich ihre Stadt Zug mit dem dazu gehörenden Amte, das Land Glarus und alle anderen ihre Landleute, Gerichte und Güter, die sie den Herzogen vorenthalten, aus allen Banden und Eiden zu entlassen. Die Stadt Zürich kommt sogar in Bann wegen Eberhard Brun.

Denn der Kaiser war inzwischen seinem Ziele immer näher gerückt. Er hatte so viel Länder zusammen gebracht, als er bekommen können: Böhmen, Mähren, Schlesien, die Lausitzen, Brandenburg, Luxemburg, die Anwartschaft auf Brabant, der vielen kleinen Herrschaften im Innern Deutschlands zu geschweigen, und dachte nun daran, seinem ältesten Sohne Wenzel die Nachfolge im Kaiserthum zu sichern. Diess war keine kleine Aufgabe. Seit den Zeiten der Hohenstaufen war auf dem deutschen Throne nie der Sohn auf den Vater gefolgt. Wollte er es doch erzwingen, so musste er die Fürsten durch neue Vergünstigungen zu gewinnen trachten. Diess geschah theils durch Geldbestechung, theils durch Gewährung anderer Vortheile:

¹⁾ 1362. 27. Februar. Archiv für Schweizergeschichte. I. 118. 119.

²⁾ Archiv. I. 124.

in beiden Fällen auf Kosten der Städte. Diese wurden unmässig besteuert: andere verpfändet, ein Theil davon, die schwäbischen, an den Grafen Eberhard von Württemberg.

In der That setzte Karl bei den Fürsten die Wahl seines Sohnes durch. Aber durch die Städte erfolgte plötzlich eine Wandlung der Dinge. Die schwäbischen Städte widersetzten sich den Anordnungen des Kaisers, die ihnen ihre Freiheit zu nehmen drohten, schlossen 1376 einen Bund, der sich immer mehr erweiterte, und waren entschlossen, nicht nachzugeben.

Der Kaiser hatte kurz vorher noch anderweitig Gelegenheit, die immer misstrauischer werdende Stimmung der Städte gegen ihn wahrzunehmen. Dessen ungeachtet belagerte er Ulm, die Führerin des schwäbischen Städtebundes, von welcher die Opposition vornemlich ausgegangen: aber er konnte die Stadt nicht einnehmen, und musste unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Da glaubte der Kaiser einlenken zu müssen. Er fühlte die Nothwendigkeit, das bürgerliche Element, auf dessen gute kaiserliche Gesinnung er zu sehr gepocht, wieder zu besänftigen, mit sich auszusöhnen. Noch von dem Lager von Ulm aus bestätigte er unter den huldreichsten Ausdrücken alle Freiheiten von Bern, von Solothurn, von Zürich, befreite die Züricher von dem Bann, in den sie wegen Eberhard Brun gekommen waren, und ebenso musste sein Sohn Wenzel alle Freiheiten dieser Städte bestätigen, nicht minder die Eidgenossenschaft. (11. Sept. 1376. Archiv. I. 127.)

Der Krieg zwischen dem schwäbischen Städtebund und zwischen den Fürsten ging inzwischen fort zum Nachtheile der letzteren. Der Bund erweiterte sich zusehends, und zuletzt musste sich Karl entschliessen, um seinem Sohne Wenzel das Bürgerthum nicht als Feind zu hinterlassen, den Städten ihren Willen zu thun d. h. alle zu ihrem Nachtheil und zum Vortheil der Fürsten erlassenen Verordnungen zurückzunehmen. Diess war 1378, und noch in demselben Jahre starb der Kaiser.

III.

Wir nähern uns jetzt dem eigentlichen Gegenstande unserer Untersuchung.

Werfen wir einen Blick auf die Lage der Dinge beim Regierungsantritt Wenzels.

Die Städte hatten in den letzten Zeiten ausserordentliche Erfolge gewonnen: ihre politische Stellung war so stark, wie seit lange nicht. Dadurch stieg ihr Selbstgefühl, es erweiterte sich ihr Bund, die Erfolge nahmen zu. Auf der andern Seite fühlten Fürsten und Adel die Nothwendigkeit, sich den Städten gegenüber in eine bessere Verfassung zu setzen: in den Jahren 1379 und 1380 entstehen eine Menge von ritterlichen Gesellschaften, unter denen die vom Löwen die bedeutendsten Fürsten vom Rhein, von Mittel- und Süddeutschland vereinigte. Darauf hin sahen sich auch die Städte veranlasst, einen grösseren Bund zu schliessen und im Jahre 1381 kam der grosse Städtebund zu Stande, welcher von Jahr zu Jahr sich erweiternd in der Zeit seiner höchsten Blüthe gegen 70 Städte umfasste.

Der Zweck dieses Bundes war nicht bloss Abwehr feindlicher Angriffe, sondern er strebte noch weiter. Um es kurz zu sagen: er beabsichtigte dasselbe, was Cola Rienzi in Italien, was Stephan Marcel in Frankreich, was die Artevelds in Flandern: er wollte eine neue Ordnung der Dinge begründen, mit vorwiegendem Einflusse des Bürgerthums, mit Beseitigung oder Beschränkung der Aristokratie und des Fürstenthums.

Doch dürfen wir nicht vergessen, hinzuzufügen, dass diese weitaussehenden Plane nicht zu allen Zeiten, nicht vom gesammten Bunde, also nicht konsequent verfolgt worden sind. Es bestanden nämlich im Städtebund zwei verschiedene Parteien, die wir kurz mit einer Friedenspartei und mit einer Kriegspartei bezeichnen können. Die Friedenspartei betrachtete den Krieg nur als nothwendiges Uebel, das man so bald als möglich wieder beseitigen müsse, nur als Nothwehr, wollte für das Bürgerthum nicht mehr, als Erhaltung der bestehenden Rechte, oder Erweiterung derselben nur auf dem gesetzlichen friedlichen Wege:

sie hatte zunächst nur die Verhältnisse der einzelnen Stadt im Auge, kein grösseres, gemeinsames Ziel. Diese Richtung war doch sehr verbreitet, vielleicht die gewöhnliche. Hatte es doch grosse Anstrengungen gekostet, bis nur überhaupt der grosse Städtebund zu Stande kam. Die rheinischen Städte, besonders Strassburg wollten lange nichts davon wissen: es wurde von den Gegnern einer grösseren Vereinigung darauf hingewiesen, dass man dadurch in unzählige fremde Händel verwickelt werden würde. Indessen siegte zuletzt doch die grossartigere Ansicht. Die Kriegspartei dagegen fasste die Stellung des Bürgerthums von einem höheren Gesichtspunkte auf, sie erkannte die Nothwendigkeit, die demselben feindseligen Elemente radikal zu beseitigen. Diess war nicht möglich ohne einen fortgesetzten principiellen Kampf gegen Aristokratie und Fürstenthum: diese sollten aus ihrer Stellung verdrängt werden, um auf ihren Ruin neue politische Zustände mit dem Uebergewicht der Demokratie zu gründen.

Diese zwei Parteien wurden zugleich durch den Gegensatz zwischen dem Patriciat und den Zünften bedingt. Im Allgemeinen kann man annehmen, dass die demokratische oder zünftische Partei die kriegerische war, während das Patriciat mehr Sympathien für Adel und Fürstenthum hegte und daher in möglichst gutem Vernehmen mit ihnen zu stehen wünschte. Doch war diess Verhältniss nicht das durchgängige. Mitunter stehen Patricier an der Spitze der Kriegspartei, wie z. B. die Besserer in Ulm, die Bubenberge in Bern, und Führer der zünftischen Partei nähern sich den Fürsten, wie z. B. Rudolf Brun in Zürich. Aber im Ganzen war wohl das angegebene Verhältniss das regelmässige.

Diese beiden Parteien, Kriegs- und Friedenspartei, Demokratie und Aristokratie, kämpften nun um die Herrschaft und ihre Erfolge wechselten. Davon, ob einmal diese oder jene Partei das Uebergewicht gewonnen, hängt nun die jeweilige Politik des Städtebundes ab: ohne diese Annahme wäre der oftmalige Wechsel der städtischen Politik völlig räthselhaft.

Aber die Kriegspartei, als die thatkräftigere, von welcher

ohne Zweifel auch der Gedanke des grossen Städtebundes ausgegangen, führte, wenn sie zur Herrschaft gekommen, ihre Plane mit Raschheit, Thatkraft, Grossartigkeit aus.

Diese Plane lagen keineswegs ausser dem Bereiche des Möglichen. Denn man muss sich dabei immer vergegenwärtigen, dass das Fürstenthum damals noch bei weitem nicht so geschlossene, in sich zusammenhängende, gleichmässig organisirte Gebiete besass, wie späterhin. Nur einige wenige grössere Gebiete existirten, wie das österreichische, baierische, luxemburgische. Die anderen waren klein, gespalten: dabei die Fürsten grösstentheils verschuldet, mit dem Adel nicht selten in Fehde, während die Städte über eine streitfähige Bürgerschaft und vermöge ihres Geldes über zahlreiche Söldnerschaaren geboten.

Die Taktik des Städtebundes war folgende. Sein ostensibler und auch der nächste Zweck war die Aufrechthaltung des Landfriedens, die Züchtigung des räuberischen Adels, das Brechen seiner Burgen: hierauf die Nöthigung des Adels, in den Städtebund zu treten. Ein fernerer Zweck des Bundes war, unter dem Schutze desselben das Gebiet der Städte vermittelt des Pfahlbürgerthums zu erweitern, also auf Kosten der Herrschaften. Endlich sollte dem Bunde durch die Handhabung des Landfriedens, durch die Erweiterung des Pfahlbürgerthums und dergleichen eine so grosse politische Festigkeit verschafft werden, dass er die erste Gewalt im Reiche würde, ja, dass die Reichsgewalt sich gewissermassen mit ihm identificirte, (was freilich am Besten dadurch erreicht wurde, dass der Kaiser mit ihm gemeinsame Sache machte.) Dann konnte man dem Fürstenthum Gesetze vorschreiben, und es war die Möglichkeit vorhanden, allerdings nicht ohne fortgesetzten Kampf, es wieder in eine untergeordnete Stellung zurückzuwerfen oder gar aufzuheben.

Zwei Dinge waren dazu erforderlich: 1) dass der Bund wo möglich alle Städte und ausserdem auch die übrigen demokratischen Elemente, also auch die freien Landgemeinden mit sich vereinigte; 2) dass der Kaiser auf seine Seite trat, durch sein Ansehen den Bund sanktionirte.

Was nun zunächst den König Wenzel anbetrifft, so ist ihm politischer Verstand nicht abzusprechen: auch eine gewisse demokratische Gesinnung hatte er, so dass er lieber die niedern Stände begünstigte, als den Adel. Doch fehlte ihm Willenskraft, Charakter, Konsequenz: augenblickliches Missgeschick konnte ihn beugen: er war zu sehr von Zufällen, von den Einflüssen seiner Umgebung abhängig. Im Anfange seiner Regierung jedoch nahm er, wie es scheint, die Partei der Städte und beförderte wohl selber ihren Bund, um in ihm ein Gegengewicht gegen die Fürsten zu haben, wenn er auch nicht öffentlich als Beschützer desselben auftrat.

Diese Stellung des Kaisers wirkte natürlich sehr zum Vortheile des Städtebundes ein, und er gewann in den ersten Jahren unglaubliche Erfolge. In den Kriegen gegen Fürsten und Adel war er fortwährend siegreich. »Die Städte, sagt eine gleichzeitige Chronik von diesen Zeiten, drängten sehr die Landesfürsten, dazu die Grafen, Herren, Ritter und Knecht, also dass sie die herrscheten und überritten.« Sie erreichten bald, was sie wollten. Sie übten fast allein die Reichspolizei: massenweise drängte man sich zu ihrem Bürgerrecht: geistliche und weltliche Herren hielten sich nicht mehr für sicher, ausser im Städtebund: er wurde Schiedsrichter, sogar in den Streitigkeiten der Herren, vertrat also auch gewissermassen die Reichsjustiz: kurz, der Städtebund war die erste Macht im Reiche, und schon hatte es das Ansehen, als ob ein grosser Theil der Aristokratie, dem Strome der Zeit folgend, sich demselben unterordnen wollte.

Sehr natürlich, dass die Fürsten dieses Wachsthum der Städte mit Schrecken bemerkten, und Alles aufboten, um es zu hemmen. Sie suchten, da sie sich zu schwach fühlten, um mit Gewalt etwas gegen sie auszurichten, den Kaiser Wenzel gegen sie aufzubringen, dem sie vorstellten, dass die Städte eigentlich in seine Rechte gegriffen, und dass sie zuletzt auch seine Gewalt perhorresciren würden. Genug: Wenzel liess sich von den Fürsten umstimmen. Er errichtete 1383 mit den Fürsten einen Bund gegen die Städte. Diess half aber nichts, und er

musste zuletzt froh sein, als sich die Städte 1384 auf dem Tage in Heidelberg bereit erklärten, mit den Fürsten sich auszusöhnen und einen Landfrieden aufzurichten. Diese sogenannte Heidelberger Stallung war aber ein todtgeborenes Kind, da Fürsten und Städte in derselben ihre besonderen Bündnisse für ausgenommen erklärten, und namentlich der grosse Städtebund ausdrücklich anerkannt werden musste. Mit Einem Worte: das Ansehen und die Macht der Städte war in beständigem Zunehmen begriffen und ihre Erfolge vermehrten sich mit jedem Tage.

Nun aber erhob sich ihnen ein neuer gefährlicher Feind. Das war der Herzog Leopold von Oesterreich. Er war der Herr der vorderösterreichischen Lande und strebte nach einer vorwiegenden politischen Stellung, wie nach Erweiterung seines Besitzthums, besonders in Schwaben. In der ersten Zeit glaubte er sich mit den Städten in gutes Vernehmen setzen zu müssen, da ihm die Landvogtei über Schwaben versprochen war, die er ohne den Willen der Städte nicht zu erhalten hoffte. Er schloss sich bereits 1378 dem schwäbischen Städtebunde an und half ihm gegen den Grafen von Württemberg. Als ihm aber im Jahr 1379 in der That von Wenzel die schwäbische Landvogtei verliehen wurde, so widersetzten sich dem die Städte, welchen Leopold als schwäbischer Landvogt sehr bedenklich vorkam: sie schlossen sogar mit den benachbarten Fürsten einen Bund, und Leopold sah sich wirklich genöthigt, vorderhand auf die Landvogtei zu verzichten. Er liess indessen die Städte seinen Aerger nicht merken: nur die Stadt Colmar (1381) züchtigte er. Ja, er vermittelte sogar 1382 einen Frieden und Bündniss zwischen dem Städtebund und der Löwengesellschaft. Leopold erscheint hier als Verbündeter der Städte, und selbst die städtischen Chroniken sprechen sehr anerkennend von ihm. Wir sehen hier wieder sein Bestreben, die Städte zu gewinnen: zugleich mag er aber auch die Absicht gehabt haben, den Städtebund als spezifisch-städtischen zu paralysiren; jedenfalls konnte ihm ein freundliches Verhältniss zum Städtebund nur erwünscht sein, wenn er etwa weitere Entwürfe gegen die Schweiz ausführen wollte. Und dergleichen scheinen ihm damals in der

That vorgeschwebt zu sein, denn zu den Bezirken, innerhalb welcher die Vertragenden einander beistehen wollen, werden in der Bündnissurkunde auch Aargau, Thurgau, Churwalden gerechnet. Dieser Bund wurde aber nur auf ein Jahr geschlossen, und nacher nicht wieder erneuert. Ich vermuthe, dass die städtische Friedenspartei seine Schliessung bewirkt, dass aber späterhin die Kriegspartei wieder aufgekommen, welche die Plane Leopolds und der Löwengesellschaft durchschaut und die Aufhebung des Bündnisses durchgesetzt hat.

Jedenfalls hörte nun das friedliche Verhältniss zwischen Leopold und den Städten auf. Im Jahr 1382 ermahnte Wenzel nochmals die schwäbischen Städte, Leopold als Landvogt anzuerkennen: wiederum vergebens. In demselben Jahre erwarb er sich die Grafschaft Hohenberg, ein sehr ansehnliches Besitzthum, mitten in Schwaben, wodurch er den Städten noch gefährlicher erschien. Im Jahr 1383 ist er ein Theilnehmer des gegen die Städte von Wenzel errichteten Fürstenbundes: auch bei der Heidelberger Stallung von 1384 fehlt er nicht.

Genug: die Städte erkannten in Leopold einen ihrer gefährlichsten Feinde, und sie hielten es für nothwendig, ihm gegenüber ihren Bund zu stärken, zu erweitern. Sie gedachten namentlich die schweizerische Eidgenossenschaft in ihren Bund hereinzuziehen, da dieser ja der Herzog nicht minder gefährlich zu sein schien. Und diese Verbindung mit der Eidgenossenschaft war die Erfüllung jener zweiten Bedingung zu dem Gelingen der Plane des Bundes, die wir vorhin angegeben, nämlich die Vereinigung wo möglich aller demokratischen Elemente.

Zu der Eidgenossenschaft hatte sich Leopold Anfangs ohngefähr ebenso gestellt, wie zu den Reichsstädten, nämlich freundlich und nachbarlich. Er hatte 1375 ihre Hülfe nöthig gegen den Herrn von Coucy und die sogenannten Gugler, die ihm auch willig geleistet wurde: es wurde sodann der Thorbergische Friede bis 1387 erneuert. Allein seit dem Jahre 1382, also ohngefähr zu derselben Zeit als er mit den Reichsstädten in Zerwürfniss gerieth, veränderte sich auch das Verhältniss zu den Eidgenossen. Die Veranlassung war die Kyburgische Fehde. In dieser

Fehde trat bei dem eidgenössischen Bunde ohngefähr dieselbe Erscheinung hervor, wie im Städtebund: wie bei diesem einen Augenblick lang die Friedenspartei überwogen hatte, wesshalb 1382 der Bund mit der Löwengesellschaft eingegangen wurde, so wurde auch die kyburgische Fehde lässig geführt. Erst 1384 im Februar ergab sich eine Regimentsveränderung in Bern, wodurch die Kriegspartei daran kam, die in der äussern Politik mit weit mehr Energie auftrat. Man schloss einen Bund mit Savoyen und zwang den Grafen von Kyburg zum Frieden, zufolge dessen Thun und Burgdorf an Bern kamen. Im Städtebunde war um diese Zeit ebenfalls die Kriegspartei obenan gekommen.

Der Ausgang des Kyburger Krieges hatte das bürgerliche Element in der Schweiz mit neuem Selbstvertrauen erfüllt: eine Stimmung, welche dem Werben der Städte für den Eintritt in ihren Bund nur vortheilhaft sein konnte. Da nun die Städte zunächst Leopold von Oesterreich als denjenigen bezeichneten, gegen welchen das Bündniss gerichtet sein sollte, so stiessen sie um so weniger auf Widerstand. Denn Leopold hatte sich während des Kyburger Krieges äusserst zweideutig benommen und der Eidgenossenschaft Veranlassung zu der Vermuthung gegeben, dass der Graf von Kyburg nicht ohne sein Wissen und Willen die Fehde unternommen, ja dass der Herzog eigentlich vorgehabt, bei besserer Wendung der Dinge seine Partei zu ergreifen.

Das Bündniss des Städtebundes mit der Eidgenossenschaft bezeichnet eine merkwürdige Phase in seiner Entwicklung. Die grossartige Politik desselben tritt hier von einer neuen Seite hervor. Die Bedeutung dieses Bündnisses liegt nicht nur darin, dass überhaupt ein ansehnliches Reichsgebiet dem Bunde angeschlossen wurde, sondern vorzüglich darin, dass mit der Eidgenossenschaft ein neues demokratisches Element, das bürgerliche, die freien Landgemeinden, in denselben eingetreten wären. Der Städtebund hatte übrigens schon früher eine ähnliche Politik verfolgt. Schon im Jahr 1378 hatten sich die Appenzeller an ihn angeschlossen: er organisirte sodann daselbst freie

Landgemeinden, ein Verfahren, das konsequent nach verschiedenen Seiten hin angewendet, von ungemeinem Erfolge sein musste. Indem er jetzt bei der Eidgenossenschaft, welche nicht bloss aus Städten, sondern auch aus freien Landgemeinden bestand, um ein Bündniss warb, bestätigte er von Neuem seine Politik, dieses demokratische Element anzuerkennen, als gleichberechtigt zu halten, es in sein System zu verflechten.

Aber gleich hier trat der Gegensatz zwischen Stadt und Land ziemlich grell hervor. Nämlich nur die Städte Bern, Solothurn, Zürich, Zug, Luzern waren für das Bündniss mit den Städten, während die Waldstätte, unter dem Vorgange von Schwyz, ernstlich davon abmahnten und von einem Bündnisse mit den Städten nichts wissen wollten. Vielleicht mag zu dieser Abneigung ein kurz vorher eingetretener Zwiespalt zwischen Unterwalden und Bern wegen bernischer Unterthanen, die sich zu Unterwalden schlagen wollten, beigetragen haben. Gewiss ist jedenfalls, dass der Beitritt der eidgenössischen Landgemeinden zum Städtebund nicht erzielt werden konnte und selbst Luzern trat nicht offen bei, erklärte jedoch, dass man im Falle der Noth auf es rechnen könnte.

Das Bündniss wurde zu Konstanz im Februar 1385 abgeschlossen, einerseits zwischen dem Städtebunde, andererseits zwischen Zürich, Bern, Solothurn, Zug und halb und halb Luzern. Diess Konstanzer Bündniss bietet einige merkwürdige Umstände dar, welche einer Erörterung werth sind. Erstens: die Reichsstädte begehren eigentlich von den Eidgenossen keine Hülfe ausserhalb der Schweiz, während sie hingegen den Eidgenossen sowohl innerhalb der Eidgenossenschaft, wie ausserhalb derselben alle bundesmässige Hülfe gewähren. Diese Bestimmung erklärt sich daraus: 1) dass sie erfahren haben mussten, dass Leopold die nächsten Absichten auf die Eidgenossen richte, dass also der Hauptkampf mit ihm in der Schweiz ausgefochten werden müsste; 2) dass es ihnen vor Allem um die weitere Ausdehnung ihres Bundes zu thun war, eine Absicht, deren Verwirklichung sie gerne Opfer brachten. Zweitens: die Ziele, innerhalb welcher der Städtebund den Eidgenossen helfen soll,

begreifen auch die Gebiete der Waldstätte, welche nicht in den Bund getreten sind: nämlich der Kreis beginnt von dem Ursprung der Aar, an der Grimsel, geht dann der Aare entlang von Hasle, Bern, Solothurn, bis zur Stadt, wo die Aar sich in den Rhein ergiesst, also Klingnau, geht dann den Rhein aufwärts bis zu dem Thal, wo die Thur in den Rhein geht, und die Thur aufwärts bis an die Stadt da sie entspringt (Alt St. Johann) und von dem Ursprung durch Churwalden durch bis an die Veste Ringenberg und von da aus über den Gotthardt hin bis auf den Platiner und von da bis auf den Tössel und von dem Tössel wieder an die Grimsel zu dem Ursprung der Aare. Alle die innerhalb dieser Ziele Gesessenen, welche in ihren Rechten angegriffen würden, sollen geschützt werden. Es wird diess freilich zunächst auf diejenigen bezogen, welche zum Bunde gehören, aber es wird auch gleich hinzugesetzt, dass auch solche geschützt werden, die noch künftig zum Bunde kommen würden: man rechnete also darauf, dass noch die ganze Schweiz demselben beitreten werde. Drittens: es wird ausgemacht, dass die Städte des Bundes vor keinem anderen Gerichte zu Recht gehen wollen, als vor dem Bundesschiedsgericht in Zürich, besonders weder vor einem geistlichen noch vor einem Hofgericht. Man sieht: sie beanspruchen für ihren Bund die Souveränität. Viertens: es wird in dem Bund Niemand ausgenommen, ausser dem römischen Reiche, nicht einmal König Wenzel. Andere Bündnisse sind zwar vorbehalten, nur dürfen sie nicht dieses Bündniss beeinträchtigen, ja das letztere soll allen anderen vorangehen.

Es ist also offenbar die Absicht dieses Konstanzer Bundes, einmal eine feste dauernde Einigung zwischen den deutschen Reichsstädten und der schweizerischen Eidgenossenschaft zu Stande zu bringen, zweitens den Grund zu legen zu einer Bundesverfassung, welche nicht bloss augenblickliche Zwecke verfolgte, sondern sich zu einer politischen Macht zu gestalten die Absicht hatte. Der Bund wurde auf neun Jahre geschlossen: es war diess eine hinlängliche Zeit, um inzwischen noch die nöthigen Einrichtungen zu treffen.

Die Bündnissurkunde athmet einen so kriegerischen Ton, dass man daraus schliessen möchte, der Bund sei daran einen Krieg auf Tod und Leben zu beginnen. So findet sich darin die Bestimmung, dass Jeder, der von dem Banner flieht, von allen Reichsstädten verbannt sein soll, er und seine Familie, und zwar auf ewige Zeiten. Man sieht aus diesen und ähnlichen Bestimmungen, dass der Bund grosse Zwecke verfolgte, dass er sich der Wichtigkeit derselben und der Gefahr, welche eine Niederlage nach sich zog, wohl bewusst war, dass er aber nichts desto weniger den Entschluss gefasst hatte, voranzugehen, seine ganze Macht einzusetzen.

Was für grosse weithintragende Folgen würden wohl aus diesem Konstanzer Bunde entsprungen sein, wenn er dem Geiste gemäss, in dem er geschlossen worden, sich weiter entwickelt hätte! Das, was aus der Eidgenossenschaft geworden, ist uns ein hinlänglicher Fingerzeig für die Intentionen des grossen Bundes. Wie die Eidgenossenschaft nach und nach alle zwischen ihr liegenden Gebiete an sich gezogen, sich einverleibt hat, gerade so wäre es mit den fürstlichen Gebieten des grossen Bundes geschehen. Offenbar war die nächste Absicht auf die Vernichtung der österreichischen Macht, wenigstens derjenigen, über welche Leopold gebot, gerichtet. Wenn er vor dem gemeinsamen Angriff der schweizerischen Eidgenossenschaft und des Städtebundes erlegen wäre, so war damit die vorwiegende fürstliche Macht in Süddeutschland gebrochen: es war dann ein Leichtes, auch die anderen kleineren schwäbischen Herrschaften aufzulösen, und selbst über Baiern durfte man hoffen den Sieg davon zu tragen. Ganz Süddeutschland bis an den Main und noch drüber hinaus hätte sich dann zu einer politischen Verfassung umgestaltet, wie sie die Eidgenossenschaft besass.

Allein diese grossen Plane verwirklichten sich nicht. Bald nach dem Abschluss des Konstanzer Bundes erfolgte eine Wendung der Dinge.

IV.

Die Ereignisse, welche noch im Laufe des Jahres 1385, nach dem Abschlusse des Konstanzer Bundes und im folgenden bis

zur Sempacherschlacht, vorgefallen, sind in ihrem inneren Zusammenhange noch heute nicht vollkommen aufgeklärt, und beruhen in ihrem Schoosse noch gar manche ungelöste Räthsel. Denn gerade über diese Ereignisse fehlen uns die Ueberlieferungen. Die Urkunden aus jener Zeit sind verloren gegangen, wenigstens alle diejenigen, die uns über die inneren Beweggründe der Handelnden die nöthigen Aufschlüsse zu geben vermöchten, und die Chroniken sind, wie überhaupt über die Motive, so gerade in jener Zeit, noch sparsamer wie je. Die deutschen gleichzeitigen Chroniken gehen über den Zusammenhang des Städtebundes mit der Eidgenossenschaft fast ganz hinweg, und von den schweizerischen gibt nur Justinger, so viel ich sehe, eine etwas nähere Auskunft. Tschudi ist zwar ausführlicher, allein man weiss nicht, aus welcher Quelle er geschöpft, auch die neu aufgefundene von unserm Präsidenten herausgegebene Chronik des weissen Buches in Obwalden gibt über diese Dinge keinen Aufschluss so wenig wie Melchior Russ, der das was er gibt aus Justinger geschöpft hat, und wenn die That- sachen, die Tschudi anführt, richtig wären, so fehlte uns immer noch der innere Beweggrund zu denselben, der uns die That- sachen erklären sollte.

Gewöhnlich werden die Ereignisse, welche dem Konstanzer Bunde folgten, so dargestellt. Die Reichsstädte wären bald darauf mit Leopold in Stösse gerathen und hätten die Eidgenossen um Hülfe gemahnt: diese hätten dieselbe vorderhand abgewiesen, weil der thorbergische Friede noch nicht abgelaufen; wenigstens möchten die Städte sich bis nach der Ernte gedulden. Leopold hätte inzwischen versucht, die Eidgenossen auf seine Seite zu ziehen, einen Bund mit ihnen zu schliessen; als ihm diess nicht gelungen, habe er sich den Städten genähert, und in der That ein Abkommen mit ihnen zu Stande gebracht. Darauf, der Reichsstädte sicher, sei er heftiger gegen die Eidgenossenschaft aufgetreten, habe sie zum Kriege gereizt: die Luzerner gaben dann die Veranlassung durch die Ueberrumpelung von Rothenburg u. s. w. Nun erklärte Leopold den Krieg: er hoffte, da die Eidgenossen vereinzelt waren, sie leicht unter-

drücken zu können u. s. w. Bei dieser Darstellung ist aber immer noch das Haupträthsel nicht gelöst, nämlich wie es kam, dass der Städtebund, welcher das Konstanzer Bündniss ja zunächst gegen Leopold aufgerichtet, plötzlich so ganz und gar seine Politik wechseln konnte, dass er sich mit Leopold verglich und die Eidgenossen im wichtigsten Momente im Stiche liess.

Ich denke, Folgendes wird wohl die Sache am Besten erklären.

Eine Notiz von Justinger (Berner Chronik, Ausg. von Stierlin und Wyss. S. 233.) muss uns annehmen lassen, dass die Städte in der That gleich nach dem Konstanzer Bunde vor hatten, den Krieg gegen Leopold anzufangen, dass aber die Eidgenossen um Aufschub baten bis über den Herbst. Die Reichsstädte waren damit einverstanden. Die Eidgenossen scheinen es nun aber als ganz sicher angenommen zu haben, dass nach dem Herbst 1386 der allgemeine Krieg gegen Leopold losgehe, und in diesem Sinne sind einzelne Vorbereitungen getroffen worden, wie z. B. Anknüpfung von Unterhandlungen mit österreichischen Unterthanen in Wollhusen, Rothenburg, Sempach, Entlibuch u. s. w. In diesem Sinne wurde auch der Versuch Leopolds, sich mit den Eidgenossen auszusöhnen, mit grosser Lauheit aufgenommen: er willfahrte bekanntlich den Schwyzern, den Zoll in Rapperswyl abzuthun, und forderte alle seine Amtleute auf, den Eidgenossen alles Gute und Liebe zu erweisen, während er allerdings den Rothenburger Zoll, der den Luzernern besonders missliebig war, beibehielt. Nichts desto weniger erfolgte um die Weihnachtszeit zunächst von Zürich aus der misslungene Ueberfall von Rapperswyl, und von Luzern aus der gelungene Ueberfall von Rothenburg, der die Veranlassung zum Kriege bot. Diese beiden Ereignisse halte ich für keine zufälligen Unternehmungen, sondern sie sollten den Anfang des grossen längst beschlossenen Krieges bilden. Es heisst freilich: weder die Züricher Regierung noch die Luzerner habe diese Unternehmungen gebilligt. Auch ist es nicht so unmöglich, dass dieselben nur von einer Partei, nämlich von der Kriegspartei ausgegangen sind, welche der Zögerung müde, endlich einmal einen Anfang machen wollte. Jedenfalls

aber hatte dieser Ueberfall von Rothenburg die Wirkung, - dass man von Seite Luzerns nicht nur, sondern von Seite der ganzen Eidgenossenschaft sich der Sache annahm, dass man den Krieg für unvermeidlich hielt und sich darauf rüstete.

Wie benahmen sich nun die Reichsstädte? Endlich war ihnen ihr Wille geschehen. Der Friede war gebrochen, der Krieg gegen Leopold ging an, und zwar sofort mit der grössten Bitterkeit. Dass sie inzwischen sich mit Leopold gesetzt hatten, ist ausgemacht: ihr ganzes Verhalten beweist diess, wenn uns auch die betreffenden Urkunden fehlen. Aber warum haben sie diess gethan? Man könnte sagen, dass eben inzwischen die Friedenspartei wieder obenan gekommen, welche einen Krieg vermeiden wollte. Allein im Jahr 1388, als der allgemeine Städtekrieg erfolgte, wo doch die Kriegspartei obenan gekommen, dauert das friedliche Verhältniss mit Oesterreich fort, und die Reichsstädte kommen gerade mit dem Hause Habsburg in keinen Krieg.

Ich finde den Schlüssel zu diesem Räthsel in Folgendem. Bisher hatten die Städte nur auf eigene Faust gehandelt, seit 1382 sogar in offenem Widerspruche mit dem Kaiser. Eine Verständigung mit dem Kaiser, so dass derselbe in das städtische System eingegangen wäre, wäre aber sehr wünschenswerth gewesen. Denn dann konnte der Städtebund das kaiserliche Ansehen für sich in Anspruch nehmen und viel raschere, leichtere Fortschritte machen, da die Autorität auf seiner Seite war. Ich vermuthe, dass schon seit 1384 von Seite der Städte mit Wenzel unterhandelt worden ist. Wenzel wird aber die Antwort gegeben haben, dass er sich so lange nicht in ein Bund mit den Städten einlassen wolle, so lange sie mit Leopold in Unfrieden sich befänden. Wir erinnern uns: Karl IV. hatte zwischen den Häusern Luxemburg und Habsburg eine Erbvereinigung zu Stande gebracht, zufolge deren das eine Haus das andere, wenn es ausstürbe, beerben sollte. Kam es einmal dahin, so war die vereinigte luxenburgisch-österreichische Hausmacht so gross, dass sie mehr als das Drittheil des ganzen deutschen Reiches ausmachte. Begreiflich wollte Wenzel eine solche Aussicht nicht aufgeben:

er blieb daher fortwährend mit dem Hause Habsburg, besonders aber mit Leopold in gutem Vernehmen. Auch auf die Städte konnte möglicherweise jene Aussicht einen Eindruck machen: jedenfalls aber müssen sie die Gewinnung des Kaisers für ihren Bund für so bedeutend gehalten haben, dass sie derselben ihre bisherige Politik zum Opfer brachten. Wenzel wird zu ihnen gesagt haben: setzt euch mit Leopold, vermittelt den Frieden zwischen ihm und der Eidgenossenschaft: habt ihr diess erreicht, so sollt ihr mich haben. Ich gehe dann mit euch gegen die Fürsten und helfe euch zu eueren Zwecken.

Die Städte gingen auf diesen Gedanken ein: sie wechselten nicht eigentlich das Wesen ihrer Politik, sondern nur die Taktik. Dabei halte ich es freilich für möglich, dass die friedliche diplomatische Partei inzwischen wieder ans Ruder gekommen, welche hoffte, durch Unterhandlungen, auch für die grösseren Zwecke des Bundes mehr ausrichten zu können, zumal wenn man den Kaiser auf der Seite habe. Ob die neue Politik des Bundes eine richtige gewesen, ist freilich eine andere Frage. Das Resultat wird sich am Schlusse der Abhandlung ergeben.

Der Städtebund glaubte übrigens auf keinen Fall die Eidgenossen ganz im Stiche lassen zu dürfen. Kaum ist der Krieg angegangen, so sucht er schon zu vermitteln. Es war diess freilich um so nothwendiger, als sich gegen die Eidgenossen von allen Seiten ein ungeheures Ungewitter zusammenzog. Nicht nur Leopold bot seine ganze Macht auf, um den Friedensbruch, wie er den Rothenburger Ueberfall wohl nennen durfte, zu rächen, sondern fast das ganze süddeutsche Fürstenthum und Ritterthum sandte den Eidgenossen Absagebriefe zu. Man betrachtete diesen Krieg so recht eigentlich als einen Krieg um Principien. Fürsten und Adel hatten in den letzten Zeiten von den demokratischen Elementen fortwährend Niederlagen erlitten: sie brannten vor Verlangen, endlich eine gründliche Rache nehmen zu können. Diese schien um so sicherer, als die Städte diessmal sich beim Kriege nicht betheiligten: der ungeheure Schlag auf das Fürstenthum, welchen sie durch das Konstanzer Bündniss vorbereitet hatten, schien nun wenigstens auf einen

Theil der Urheber zurückfallen zu wollen. Es ist übrigens kein Zweifel, dass nach dem Siege über die Eidgenossen es auch über die Reichsstädte hergegangen wäre.

Diese Möglichkeit konnte den Städten nicht entgehen: nichts desto weniger machten sie keine Anstalten zu Rüstungen. Desto unverdrossener betrieben sie die Unterhandlungen. In der That schon am 21. Februar 1386 haben sie einen Stillstand zu Wege gebracht, der bis zur ausgehenden Pfingstwoche 27. Juni währen sollte. Bei dieser Gelegenheit sieht man, wie Leopold Alles thut, um den Städten zu Willen zu sein: seine Amtleute sind eigentlich gegen den Frieden: er aber bewilligt ihn, den Städten zu Gefallen, ja um diese zufrieden zu stellen, gibt er den Freiburgern im Breisgau, über welche sich die Städte beklagt, auf, sich zu verantworten.

Den Eidgenossen ihrerseits scheint es auch nicht wohl bei diesem Kriege gewesen zu sein, sie hoffen Alles von dem Einwirken der Reichsstädte. Unter dem 1. Mai 1386 schreiben Zürich, Bern, Solothurn, Zug an die Stadt Frankfurt, und bitten sie, ja den Tag von Zürich am 3. Juni 1386 zu beschicken, wo der eigentliche Friede geschlossen werden sollte. Sie möchten ihnen helfen in ihren Sachen. Was an diesem Tage geschehen, meldet uns keine Urkunde, auch die schweizerischen und süd-deutschen Chroniken schweigen darüber. Aber wahrscheinlich gehört die Notiz einer norddeutschen Chronik, der Lübecker Chronik von Detmar, hieher. Sie sagt, die Schweizer hätten der Entscheidung der deutschen Reichsstädte, denen Leopold die Schlichtung seines Streites übertragen, nicht nachkommen wollen: darauf hätten die Städte gesagt, da könnten sie ihnen nicht helfen, sie würden still sitzen, worauf die Eidgenossen entgegnet hätten: Thut das nur, wir wollen uns wohl allein wider ihn wehren. Ich finde in dieser Entscheidung der Städte einen der Gründe, warum sich Bern zunächst nicht an dem Streite betheiligte. Bern mochte vorderhand in die Anschauung der Reichsstädte eingegangen sein, vielleicht nur aus Vorsicht, vielleicht aus dem Grunde, welchen der Herausgeber des Melchior Russ (schweiz. Geschichtsforscher. X. S. 177. 178. 179. Note.) an-

gibt. Später wie sich die Dinge nach der Schlacht bei Sempach gewendet, nahm es ebenfalls lebhaften Antheil. Die übrigen Eidgenossen aber begannen sofort den Krieg von Neuem, und zwar mit der äussersten Anstrengung.

Am 9. Juli 1386 erfolgte nun die Schlacht bei Sempach, in welcher der Adel eine so furchtbare Niederlage erlitten, wo Leopold selbst seinen Tod fand. Die Schlacht machte fast in ganz Europa ein ungeheures Aufsehen: bis in den Norden ist die Kunde davon gedrungen. Die moralische Niederlage der Aristokratie war vielleicht noch grösser, wie die physische.

Nun sagt man gewöhnlich, die Reichsstädte wären durch die Schlacht bei Sempach zum Städtekriege von 1388 angereizt worden. Diese Annahme ist falsch: denn unmittelbar nachher und bis über 1388 hinaus befolgen sie in Bezug auf die schweizerischen Ereignisse dieselbe Politik, wie bisher. Sie werden nicht müde zu vermitteln: sie bringen gleich nach der Schlacht einen kleinen Stillstand zu Wege, dann am St. Gallentag einen zweiten, der bis Lichtmess 1387 währen sollte, und ehe noch dieser zu Ende lief, im Januar 1387 erreichen sie die Verlängerung desselben bis zum 2. Februar 1388.

Es war ihnen also endlich gelungen, in der Schweiz den Frieden herzustellen. Und jetzt bieten sie Alles auf, um den König Wenzel zu einem Bündniss mit ihnen zu bewegen. In der That gelingt ihnen diess am 10. März 1387.

Inzwischen nämlich waren mancherlei Dinge vorgefallen, welche den König zu dieser Politik bewogen. Die Fürsten waren in einen neuen Bund zusammengetreten, in die sogenannte Fehme oder Faim, welcher den Namen des westphälischen Gerichtes entlehnend, ohngefähr dieselbe Politik befolgte, wie der Städtebund, nämlich die ganze Reichspolizei und das Reichsgerichtswesen an sich zu reissen suchte. Dieser Bund war wohl zunächst gegen die Städte, aber nicht minder wider den Kaiser gerichtet. Wenzel fürchtete von den Fürsten gestürzt zu werden, hatte besondere Angst vor den Herzogen von Baiern, und es scheint, dass er mit den Städten ausgemacht habe, die nächste beste Veranlassung zu benutzen, um mit ihnen über die Her-

zoge herzufallen. Dass es auf die Vernichtung derselben abgesehen war, geht daraus hervor, dass gleich darauf, im Sommer 1387, mit dem Feinde der baierischen Herzoge, dem Erzbischof Pilgrin von Salzburg von Seite des Städtebundes ein Bündniss geschlossen wurde, welches ausdrücklich nur gegen die baierischen Herzoge gerichtet war. Die Städte scheinen nun den früheren Gedanken, ihre ganze Macht wider eines der mächtigsten Fürstenhäuser zu richten, wieder aufgenommen zu haben, nur dass dieses Fürstenhaus nicht Oesterreich, sondern Baiern war. Und dieser Krieg schien um so eher gelingen zu können, als sie diessmal auf die Unterstützung des Kaisers rechnen konnten.

Der Ausbruch des Krieges verzog sich aber bis Ende 1387 oder Anfang 1388. Wahrscheinlich, weil sich bis dorthin keine anständige Veranlassung ergeben hat. Ja, Wenzel schien inzwischen sogar seine Politik wieder wechseln zu wollen: denn im Jahre 1387, im November hielt er einen Tag zu Mergentheim, wo er den 1384 zwischen Fürsten und Städten geschlossenen Frieden wieder erneuerte, in welchen sogar auch ein Theil der Städte eintrat. Wie diese Politik zu erklären ist, darüber fehlen uns alle Anhaltspunkte: ob das Abkommen nur eine Formalität war, auf Trug und Täuschung berechnet, oder ob die Friedenspartei wieder überwogen — wir vermögen es nicht zu bestimmen. Genug, dass eben dieser Tag zu Mergentheim die Veranlassung bot zu dem Ausbruch des Kriegs. Denn die Städte nahmen in der Bündnissurkunde den Erzbischof Pilgrin von Salzburg aus, dessen Eintritt in ihren Bund hierdurch bekannt wurde. Die Herzoge von Baiern erkannten sofort den Zusammenhang, und beschlossen den Erzbischof unschädlich zu machen. Kaum von Mergentheim zurückgekehrt, luden sie denselben zu einer Zusammenkunft ein, um ihre Streitigkeiten auszugleichen, und nahmen ihn treuloser Weise gefangen. Diess war ein ganz eclatanter Friedensbruch: die Reichsstädte erklärten den Herzogen sofort den Krieg, nicht minder Kaiser Wenzel, und schon im Januar 1388 brachen die Städte mit grossen Kriegsschaaren in das baierische Gebiet ein.

Gleich darauf lief auch der Friede ab, den die Städte zwischen den Eidgenossen und dem Hause Oesterreich vermittelt hatten: die Städte scheinen sich diessmal keine sonderliche Mühe gegeben zu haben, um denselben zu verlängern: der Krieg brach daher in der Schweiz wieder mit voller Wuth aus, und mit derselben Heftigkeit und Bitterkeit wurde er zwischen den Städten und den Fürsten in Deutschland geführt: denn an die baierischen Herzoge schlossen sich bald auch die anderen Fürsten an. Endlich also war es zu einem allgemeinen Krieg zwischen dem Fürstenthum und der Demokratie gekommen, welcher durch das ganze Jahr 1388 währte und sich noch bis in den Frühling des folgenden Jahres hineinzog.

Es liegt nicht in meiner Aufgabe, in die nähere Darstellung dieses Krieges mich einzulassen, so viele interessante Einzelheiten er auch bietet. Nur so viel will ich bemerken, dass man sowohl von Seite der Eidgenossen, wie von Seite der Städte den Krieg in Deutschland, wie in der Schweiz, als denselben betrachtet hat, als einen Krieg nämlich, von dessen glücklichem Ausgange die Verwirklichung der angegebenen grossen Plane abhing. Sie standen mit einander in fortwährender Verbindung und theilten sich die Ereignisse des Krieges mit. Er lief aber anders in der Schweiz, anders in Deutschland aus. In der Schweiz errang die Eidgenossenschaft mit wenig Ausnahmen die grössten Erfolge, während die Städte von den Fürsten mehrere Niederlagen erlitten. In der Schweiz war man einmüthiger, entschlossener, kämpften meistens die Landesgenossen selbst, während die Städte grösstentheils mit Söldnerschaaren fochten, auf welche kein rechter Verlass war: und dann trug in Deutschland der Zwiespalt zwischen der Kriegs- und Friedenspartei einen grossen Theil der Schuld von dem schlechten Ausgange. Die ersten Erfolge der Städte wurden wieder paralysirt durch Friedensunterhandlungen, zu welchen sie sich bereden liessen. Während derselben rüsteten sich die Fürsten, suchten sie sogar Hülfe beim Ausland, beim Könige Karl IV. von Frankreich, wussten sie dem Kaiser Wenzel in seinem eigenen Lande und in seiner eigenen Familie so viel

Unannehmlichkeiten zu bereiten, dass er den Städten die versprochene Hülfe nicht leisten konnte. Endlich spielte der Verrath eine nicht geringe Rolle: sowohl die städtischen Söldner, wenigstens die Hauptleute, wie auch einige Patrizier wurden von den Fürsten gewonnen, und gerade in den entscheidendsten Augenblicken, wie bei der Belagerung Kaufbeurens, in der Schlacht bei Döffingen, in der Schlacht bei Worms, vereitelte der Verrath den Sieg der Städte. Endlich wussten die Fürsten auch den Kaiser Wenzel von den Städten abzuziehen. Unter solchen Umständen waren die Städte zwar entschlossen, den Krieg fortzuführen, ihre Stellung war aber jedenfalls weit bedenklicher geworden. Ich weiss nicht, ob ich mich irre, wenn ich annehme, dass das Bedürfniss, wenigstens eine befreundete fürstliche Macht zu haben, die auch auf Wenzel Einfluss üben könnte, sie bestimmte, im Anfang des Jahres 1389 nochmals die Friedensunterhandlungen zwischen Oesterreich und den Eidgenossen aufzunehmen? Bekanntlich führten diese Unterhandlungen zu dem endlichen Frieden von Zürich, am 1. April 1389, welcher für die Eidgenossen sehr vortheilhaft war, indem er ihnen fast alle ihre, nicht unbeträchtlichen Eroberungen bestätigte.

Ganz anders lautete der Friede, den der Kaiser Wenzel bald darnach auf dem Tage zu Eger zwischen den Reichsstädten und den Fürsten zu Stande brachte. Er wurde nur dadurch bewirkt, dass es ihm gelang, die Städte zu trennen, und einen Theil derselben, unter ihnen mächtige und bedeutende, wie Nürnberg, Regensburg, Augsburg für den Frieden zu gewinnen. Das wichtigste Ergebniss war, dass die Städte ihren grossen Bund aufgeben mussten, und hiemit alle ihre grossen Entwürfe. Nachher erfolgten Separatfrieden zwischen den einzelnen Fürsten und Städten, in deren Folge die letzteren an die Fürsten als Kriegsentschädigung ungeheure Summen zahlen mussten.

Dieser verschiedene Ausgang des Krieges der Eidgenossen in der Schweiz und der Städte in Deutschland ist gleichsam das Prototyp für die künftige Entwicklung des demokratischen Elementes in beiden Reichstheilen. Die Eidgenossenschaft überwältigt

nach und nach alle anderen der Gemeinfreiheit feindlichen Elemente, und gestaltet die Schweiz zu einem republikanischen Staatenbunde um, während die Reichsstädte als solche zwar nicht untergehen, aber von dieser Zeit an darauf verzichten müssen, die politischen Einrichtungen des Reichs in ihrem Sinne umzugestalten. Von diesem Augenblicke an tritt auch mehr und mehr eine Entfremdung zwischen beiden Theilen ein: es kommt sogar vor, dass die Städte selbst gegen die Schweizer die Waffen ergreifen, sei es aus eigenem Willen z. B. gegen die Appenzeller, sei es in Folge von Reichskriegen. Der Umstand, dass die Städte bei dem Ausbruche des Sempacher Krieges den Schweizern nicht Kriegshülfe leisteten, hat zwar zuletzt den Eidgenossen nicht geschadet — wiewohl es möglich gewesen wäre — und der Friede, den die Städte zuwege gebracht, war wie wir gesehen, sogar zu ihren Gunsten. Aber man wird doch annehmen dürfen, dass der Wechsel der reichsstädtischen Politik einen sehr übeln Eindruck auf die Eidgenossen machen musste, und dass derselbe im Wesentlichen dazu beigetragen hat, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Bewusstsein einem gemeinsamen grossartigen Zwecke zu dienen, zu lockern, was dann wieder zur Folge hatte, dass im Städtebund selbst partikuläre diplomatisirende Richtungen aufkamen, die zu nichts führen konnten. Denn nur die ungemessenste Tapferkeit, nur der kühnste Muth vermochte die Gefahren zu überwinden, die sich den Planen des Städtebundes entgegenstellten, und diese Plane selbst zum glücklichen Ziele zu führen. Die Einwirkung der politischen Entwicklungen in der Schweiz auf die benachbarten Reichstheile hörte aber darum keineswegs auf. Nur äusserte sie sich mehr bei der Landbevölkerung als bei den Städten. Ja, wir können so ziemlich mit Sicherheit annehmen, dass die bauerlichen Bewegungen in Süddeutschland durch die Anschauung der schweizerischen Zustände angeregt worden sind. Später im 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts kommen allerdings mitunter auch bei den deutschen Reichsstädten ähnliche Gedanken auf, wie die, welche dem Konstanzer Bunde zu Grunde lagen. Sie wurden aber nicht weiter verfolgt, und theilweise mochte

wohl der Indifferentismus der Eidgenossen die Schuld tragen, welche froh die eigene Freiheit errungen zu haben sich nicht in fremde Händel einmischen wollten, zumal als die Erfahrung früherer Jahrhunderte gezeigt, wie wenig man sich auf die Ausdauer der deutschen Reichsstädte verlassen konnte.

So nahm demnach die grosse demokratische Bewegung des 14. Jahrhunderts im deutschen Reiche ohngefähr denselben Ausgang, wie die ähnlichen in Italien, Frankreich, England: ihre weitgesteckten politischen Ziele verwirklichten sich nicht. Nur die Eidgenossenschaft durfte jene Bewegung als eine höchst bedeutungsvolle Phase in ihrer Entwicklung betrachten: nur von ihr durfte man sagen, dass sie dem durch ganz Europa verbreiteten demokratischen Geist in ihrem Schoosse eine dauernde politische Gestaltung gegeben hat. Und fragen wir nach der Ursache dieser Erscheinung, so werden wir sie wohl zunächst in der Freiheitsliebe und der Tapferkeit der Eidgenossen suchen dürfen: von wesentlichem Einflusse ist aber ohne Zweifel auch gewesen die glückliche Verbindung zwischen bürgerlicher und bauerlicher Freiheit, zwischen Stadt und Land, also zwischen den zwei Hauptformen des damaligen Republikanismus: eine Verbindung die sonst nirgends in Europa statt gefunden, deren Nothwendigkeit zwar der Städtebund gefühlt, ohne dass es ihm jedoch gelungen wäre, sie in Deutschland selbst in grossartigem Masstabe zu Stande zu bringen.



Leere Seite
Blank page
Page vide